

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 68 (1974)
Heft: 10

Artikel: Bevölkerungswachstum und Sozialentwicklung : Stellungnahme zum Weltbevölkerungsjahr
Autor: Deutscher Evangelischer Pressedienst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142400>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bevölkerungswachstum und Sozialentwicklung

Stellungnahme zum Weltbevölkerungsjahr

Das internationale Bevölkerungsjahr hat Anlaß zu verschiedenen Stellungnahmen und Aufrufen zum Problem der Dritten Welt gegeben. Einige davon sind eher dazu geeignet, Emotionen zu wecken, die zur Verschleierung der eigentlichen Ursachen der Unterentwicklung und möglicher Lösungswege beitragen. Selbst der Appell «Food and Population», den fünfhundert Persönlichkeiten des internationalen öffentlichen Lebens an UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim richteten, wiederholt nur Darstellungen, die auch Spendenaufrufen entnommen sein könnten. Mehr auf den Kern der Probleme bewegt sich hingegen eine Stellungnahme west- und nordeuropäischer Wissenschaftler, die ebenfalls dem Generalsekretär übergeben wurde. Sie folgt nachstehend ungekürzt.

Redaktion des Deutschen Evang. Pressedienstes

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 1974 zum Weltbevölkerungsjahr erklärt. Die Aktivitäten während dieses Jahres, vor allem die Weltbevölkerungskonferenz (über die der Artikel von K. Jürgen orientiert; Red.), werden die Einsicht fördern, daß demographische Faktoren wie der Umfang, die räumliche Verteilung und die Alters- und Geschlechtsstruktur der Bevölkerung sowie die Veränderung dieser Faktoren durch Geburten, Sterbefälle und Wanderungen berücksichtigt werden müssen, wenn ein planvolles Einwirken auf künftige Entwicklungen angestrebt wird. Sie werden insbesondere dazu beitragen, schöpferisches Nachdenken über geeignete Strategien für die Bewältigung der Probleme anzuregen, die sich aus einem beispiellosen Wachstum der Erdbevölkerung ergeben.

Wir begrüßen es, daß in einer Reihe von Dokumenten der Vereinten Nationen zum Weltbevölkerungsjahr das Bevölkerungswachstum in angemessener Weise als abhängige Variable im Kontext der gesellschaftlichen, ökonomischen, politischen und kulturellen Entwicklung dargestellt wird. Gleichzeitig sehen wir jedoch die Gefahr, daß Neo-Malthusianische Auffassungen, wie sie den Geburtenkontroll-Strategen mächtiger staatlicher und privater Institutionen zugrunde liegen und von zahlreichen Organisationen, Politikern und Wissenschaftlern in westlichen Industriestaaten propagiert werden, die von den Vereinten Nationen in Gang gesetzte weltweite Diskussion beherrschen könnten; es besteht die Gefahr, daß «Mißverständnisse» über den tatsächlichen

Charakter der Probleme, vor denen die Menschheit gegenwärtig steht, verbreitet werden könnten.

Nach dem Neo-Malthusianischen Standpunkt ist «Überbevölkerung» — interpretiert entweder als eine zu hohe Bevölkerungsdichte oder als eine zu rasche Bevölkerungszunahme — das wichtigste Einzelproblem, mit dem die Länder der Dritten Welt konfrontiert sind; auf «Überbevölkerung» werden viele Mißstände wie Arbeitslosigkeit, Armut, hohe Sterberaten, Mangelernährung, Hunger und Analphabetismus zurückgeführt. In den entwickelten Ländern ist nach dieser Auffassung das Bevölkerungswachstum eine Primärursache der zunehmenden Zerstörung der Umwelt und der Erschöpfung der Ressourcen. Eine drastische Verringerung der Geburtenraten wird als wesentliche Bedingung für die Lösung dieser Probleme angesehen. Eine solche Verringerung, so wird argumentiert, kann und muß durch «direkte Maßnahmen» wie Propaganda für Geburtenkontrolle, die Vermehrung der Zahl von Familienplanungskliniken, die Verteilung von Verhütungsmitteln, die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und der Sterilisierung usw. erreicht werden.

Wir halten diesen Ansatz für falsch. Bevölkerungswachstum darf nicht als Ursache sozialer Mißstände vorgeschoben werden. Es ist eine Täuschung, die Menschen glauben zu machen, Probleme der Gesellschaft könnten durch Maßnahmen der Geburtenkontrolle gelöst werden.

Während der letzten beiden Jahrzehnte hat es in den meisten Entwicklungsländern nur wenig Fortschritt, gemessen an der Verbesserung der Lebensbedingungen der breiten Massen, gegeben; Vermögen und Grundbesitz sind weiterhin in den Händen dünner Oberschichten konzentriert, in einer Reihe von Ländern vergrößert sich die Kluft zwischen arm und reich. Auch in solchen Ländern der Dritten Welt, in denen während der letzten Jahre ein verhältnismäßig rasches wirtschaftliches Wachstum stattgefunden hat, ist diese Entwicklung nicht den ärmeren Schichten zugute gekommen, die die große Mehrheit der Bevölkerung in diesen Ländern ausmachen, sie hat im Gegenteil deren Lebensbedingungen noch verschlechtert. So ist der Transfer von Industrie-Technologien und in zunehmendem Maße auch von neuer Agrar-Technologie selten auf die örtlichen Gegebenheiten abgestimmt; er ist im allgemeinen kapitalintensiv und nicht, wie es erforderlich wäre, arbeitsintensiv, wodurch die Tendenz entsteht, daß Arbeitslosigkeit und Armut zunehmen. Die politischen, ökonomischen und kulturellen Eliten in vielen Entwicklungsländern werden von westlichen Kapitalinteressen gestützt, die sie in Abhängigkeit von den westlichen Industriestaaten halten.

Diese nationalen und internationalen Machtstrukturen spielen eine wesentliche Rolle in der Perpetuierung von Armut, Arbeitslosigkeit,

Analphabetismus und Mangel an gesellschaftlicher und politischer Partizipation der Massen in den Entwicklungsländern. Aus der Perspektive dieser Machtstrukturen besteht das wirkliche Problem nicht darin, daß Bevölkerungswachstum Druck auf die für die Sicherung des Lebensunterhalts erforderlichen Mittel ausübt, wie die Neo-Malthusianer behaupten, sondern darin, daß Bevölkerungswachstum tendenziell den institutionellen Rahmen in Frage stellt, der die ungleiche Verteilung wirtschaftlicher und politischer Macht gewährleistet. Die Behauptung, daß Bevölkerungswachstum eine Hauptursache der Unterentwicklung sei, kann daher auf der theoretischen Ebene dazu dienen, eine ideologische Rechtfertigung der bestehenden Ordnung zu liefern; ihre politische Funktion besteht in der Verschleierung der wirklichen politischen und ökonomischen Probleme, mit denen die Dritte Welt konfrontiert ist.

Dieser Standpunkt beinhaltet nicht, daß wir Familienplanung ablehnen. Im Gegenteil — wir sind der Meinung, daß der freie Zugang zu wirksamen Kontrazeptiva und anderen Mitteln der Geburtenkontrolle ein allen Menschen zustehendes Recht sein sollte, und wir erkennen die Bedeutung der Familienplanung für die physische und psychische Gesundheit an. Auch sind wir nicht der Auffassung, daß es auf einer endlichen Erde mit endlichen Ressourcen ein unbegrenztes Bevölkerungswachstum geben kann; die Stabilisierung der Weltbevölkerung ist zweifellos eine dringende Aufgabe. Wir behaupten jedoch, daß Bevölkerungspolitik und Familienplanung nur dann einen Sinn haben, wenn sie Teil einer ausgewogenen und planvollen Sozialentwicklung sind. Wie die Bevölkerungsgeschichte der jetzt industrialisierten Staaten und einiger in einem fortgeschrittenen Entwicklungsstadium befindlicher Regionen der Dritten Welt zeigt, ist eine umfassende Sozialentwicklung die notwendige Voraussetzung für das Sinken der Fruchtbarkeit. Dagegen wird durch zahlreiche Forschungsarbeiten die Auffassung gestützt, daß bei den Landbevölkerungen und dem neuen städtischen Sub-Proletariat in den unterentwickelten Regionen der Wunsch nach einer großen Kinderzahl vorherrscht und daß die Zahl der Geburten in diesen Schichten weiterhin hoch bleiben wird. So lange die materiellen Bedingungen, unter denen die Mehrheit der Menschen in der Dritten Welt leben muß, nicht drastisch verbessert werden, ist abzusehen, daß das Reproduktionsverhalten unverändert und daß Geburtenkontroll-Programme unwirksam bleiben werden. Die Existenz von Plänen und Planungsinstitutionen kann daher das Bevölkerungsproblem nur lösen, wenn grundlegende strukturelle Veränderungen stattfinden: wenn die in den meisten Entwicklungsländern bestehenden repressiven Herrschaftssysteme durch Institutionen ersetzt werden, die die politische Partizipation der Massen auf allen Ebenen ermöglichen; wenn Ungleichgewichte in der Verteilung des Eigentums und der Sozialchancen beseitigt

werden und Strategien der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung realisiert werden, die allen Schichten der Gesellschaft zugute kommen; wenn sich die Staaten der Dritten Welt von der wirtschaftlichen Ausbeutung und politischen Beherrschung durch ausländische Interessen befreien.

In westlichen Industriestaaten vertritt eine zunehmende Zahl von Politikern und Wissenschaftern die Meinung, daß Bevölkerungswachstum eine Hauptursache des Raubbaus an den Rohstoffen, der Zerstörung der Umwelt und des beklagenswerten Zustandes innerstädtischer Gebiete sei. Wir halten dieses Argument für falsch und gefährlich. Die Verschlechterung der natürlichen und sozialen Umwelt ist nicht in erster Linie eine Funktion des Umfangs oder Wachstums der Bevölkerung, ihre wesentliche Ursache liegt vielmehr in einem auf dem Prinzip der Profitmaximierung gegründeten Wirtschaftssystem, in dem die wenigen, die die wirtschaftliche Macht haben, die rücksichtslose Ausbeutung der natürlichen und gesellschaftlichen Ressourcen betreiben. Eine Lösung der ökologischen Probleme, vor denen viele wirtschaftlich entwickelte Staaten stehen, kann nur gefunden werden, wenn die gegenwärtig bestehenden ökonomischen Strukturen demokratisiert werden. Insbesondere müssen die multinationalen Konzerne, die in vielen westlichen Industriestaaten und in großen Teilen der Dritten Welt eine außerordentliche wirtschaftliche und politische Macht ausüben, einer wirksamen demokratischen Kontrolle unterworfen werden.

Angesichts der Hunderte von Millionen Menschen in den unterentwickelten Ländern, die in äußerster Armut leben, angesichts der sozialen und ökologischen Probleme in vielen Teilen der Welt ist es an der Zeit, die notwendigen Veränderungen herbeizuführen.

Aus: «Entwicklungspolitik», Informationsdienst des Deutschen Evangelischen Pressedienstes, Nr 9, 1974.

Bei armen Völkern haben es die alten Menschen besser

Betagte Menschen sind nach der Erkenntnis von Experten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Genf heute in den armen Ländern der Welt vielfach besser dran als in den meisten hochentwickelten Industrienationen. In einem am 11. Juli bekannt gewordenen Bericht einer Expertengruppe der WHO wird beklagt, daß in den Industriegesellschaften Achtung vor dem Alter und menschliche Wärme durch unzu-